

Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

Band: 93 (1986)

Heft: 1

Rubrik: Volkswirtschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Maschinenpark und Garneinsatz

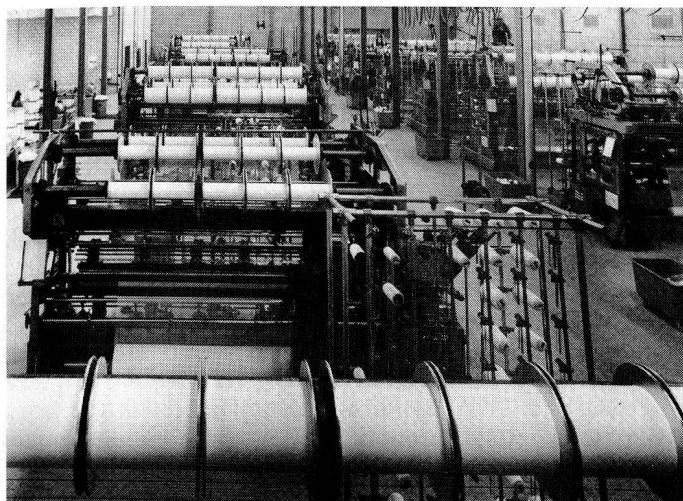


Bild 2 Der Raschelmaschinenpark in Gesamtübersicht

In Brittnau sind heute insgesamt 24 Raschelmaschinen in Betrieb, die von fünf Zettelanlagen bestückt werden. Maschinenseitig gehört die Webtricot AG zu jenen Herstellern, die bei technischen Neuerungen hierzulande sofort eingestiegen ist, so bei der Fallblecheinrichtung, den Schuss-Raschelmaschinen oder den Jacquard-Rascheinheiten. Die technische Entwicklung bei Raschelmaschinen stagniert jedoch in letzter Zeit bezüglich wirklicher Neuerungen, sieht man von der rein quantitativen Komponente ab, was auch Folgen für die Musterung hat. Von der Warenoptik her musste sich dieser Halt negativ auswirken. Die Neuerungen der Maschinenhersteller beschränken sich auf die Steigerung des Mengenausstosses, ein Aspekt, der unter der Berücksichtigung der eingangs geschilderten Marktsituation wohl kaum für Entlastung sorgt.

Die Webtricot-Kapazität umfasst heute folgende Spezies: Gardinen-Raschel mit hoher Legeschienenzahl, mit Fallblecheinrichtung, Jacquard-Raschel, Vollschuss-Raschel, sowie Gardinen-Raschel mit Kurbel für Uni. Die Feinheiten umfassen den Bereich vor 4 auf 18 Zungenadeln pro Englisch-Zoll. Die Produktionspalette erstreckt sich von Feingardinen, uni und gemustert, über 40 bis 60 g/m² Strukturgardinen, Fallblech- oder Schnürli-Effekte, in Gewichten von 60 bis 100 g/m² und Jacquard-Gardinen, Meterwaren und Panels in Gewichten von 100 bis 140 g/m², bis hin zu Gardinen-Inbetween in Grobstruktur, Häkel oder mit feinem Schusseintrag. Der Garnverbrauch bewegt sich zwischen 50 und 70 Tonnen je Jahr, verwendet werden Endlosgarne dtex 50–300, texturierte Garne dtex 150–300, Effektgarne Nm 10 bis Nm 30, sowie Flammen-, Noppen- und Bouclégarne.

Mehr als ein Drittel Export

Mit rund 20 Beschäftigten kam Webtricot AG 1985 auf einen Umsatz von etwa 2,5 Mio. Franken, davon wurden 65 Prozent auf dem Binnenmarkt und 35 Prozent im Export (USA, Kanada, Deutschland) erzielt. Der Exportanteil konnte damit gegenüber früher erhöht werden, weil der Preisdruck vor allem im Inland wirksam ist, im Export jedoch weniger manifest wird. Auf dem Binnenmarkt wirkt sich die Produktionsaufnahme eines dritten Herstellers, der Maschinen aus einem Konkurs im Vorarlberg erworben hatte und neu in die Gardinenerzeugung eingestiegen ist, noch erschwerend aus. Die Produktion

der Webtricot AG bewegt sich jetzt in der Größenordnung von 80 000 bis 100 000 Quadratmetern bei normalem Zweischichtbetrieb.

Trotz der geschilderten Umstände, zu denen noch im weitesten Sinne eine gewisse Verlagerung im Markt von Raschelgardinen zu Webgardinen hin aufzuführen wäre, hat sich die Webtricot AG unter der Leitung des dynamischen Besitzers Kurt Weber recht gut gehalten. Zwar musste der Mengenausstoss etwas gedrosselt werden, doch wurde noch immer ein Cash-flow erzielt und Ende 1985 betrug der Arbeitsvorrat immerhin vier bis sechs Wochen.

Peter Schindler

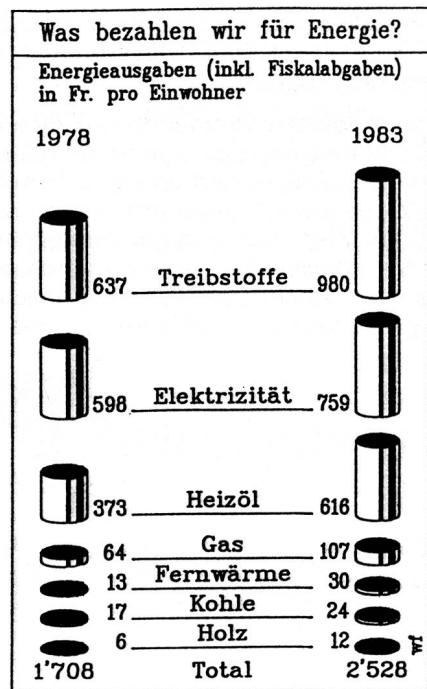
Volkswirtschaft

Maschinenindustrie grösster «Heimarbeitgeber»

Im September 1984 haben insgesamt 1356 industrielle Betriebe an 13171 Arbeitnehmer Heimarbeit ausgegeben. Im Vorjahresvergleich bedeutet dies eine Abnahme von 8,4 beziehungsweise 7 %. Mit 3301 Arbeitnehmern war ein Viertel aller Heimarbeiter in der Maschinenindustrie beschäftigt. Es folgten die Bekleidungsindustrie mit 1927 Arbeitnehmern vor der Uhrenindustrie mit 1591, der Textilindustrie mit 1561 und der Metallindustrie mit 1283 in Heimarbeit Beschäftigten. Diese fünf Branchen beschäftigten zusammen knapp drei Viertel aller industriellen Heimarbeiter in der Schweiz. Im Vergleich zum jeweiligen Betriebspersonal des Industriezweigs stand die Bekleidungsindustrie mit einem Heimarbeiteranteil von 8,2 % an der Spitze, vor der Uhrenindustrie mit 7,1 %, der Kunststoffverarbeitung mit 6,2 % und der Textilindustrie mit 6 %.

Unterschiedliche Verbrauchs- und Preisentwicklungen

Die Schweizer lassen sich ihren Energiebedarf einiges kosten. 1983 gaben die Endverbraucher, d.h. Haushalte, Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Dienstleistungs- und Verkehrsbetriebe, insgesamt 16,4 Mrd. Franken für Energie aus, was 7,7 % des Bruttosozialprodukts entsprach. Pro Einwohner gerechnet ergibt sich ein Betrag von etwa 2530 Fr. An erster Stelle stehen die



Ausgaben für Treibstoffe; darin widerspiegelt sich zum einen der bedeutende Anteil des Verkehrs – in erster Linie des privaten Verkehrs – am Energieverbrauch (28%), zum andern fallen hier die hohen Fiskalabgaben ins Gewicht. Die Ausgaben für Elektrizität fallen vorwiegend bei der Wirtschaft an, denn über zwei Drittel des gesamten Stromverbrauchs dienen zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Während der Treibstoff- und Stromverbrauch in den letzten Jahren bei sinkenden oder nur mässig steigenden Preisen kontinuierlich zugenommen hat, ist der Heizölverbrauch nach dem zweiten Ölpreisschub von 1978 tendenziell zurückgegangen. Trotzdem lagen die Heizölausgaben pro Einwohner 1983 noch um 65% über dem Niveau von 1978 (beim Treibstoff betrug der Zuwachs 54%, beim Strom 27%). Eine starke Verbrauchs- und damit auch Ausgabensteigerung verzeichneten im gleichen Zeitraum das Gas sowie die übrigen Energieträger.

1983 und 2,9% 1984 höhere Raten zu verzeichnen, hielt sich aber mit den «Rängen» vier bzw. drei nach wie vor in der Spitzengruppe. Im laufenden Jahr schliesslich hat unser Land noch etwas an Boden eingebüßt; die Teuerungsaussichten für die kommenden zwei Jahre sind indessen wieder günstiger zu beurteilen.

Konjunkturelle Beruhigung in Sicht

Nach den Beobachtungen des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins dominieren im *Konjunkturbild der Schweiz* trotz einiger Abschwächungszeichen immer noch die belebenden Elemente, so dass sich der gesamtwirtschaftliche Expansionsrhythmus in den nächsten Monaten kaum stark zurückbilden wird. Sichtbarer Ausdruck der gegenwärtigen Wachstumsphase sind die erhöhte Kapazitätsauslastung der Industrie und die anhaltende Verbesserung der Beschäftigungslage. Am Arbeitsmarkt zeichnet sich ein zunehmender Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ab. Die Jahresteuierung verharrt weiterhin bei 3%, was immer noch als zu hoch zu betrachten ist.

Während die jüngsten amerikanischen Konjunkturindikatoren den Eindruck eines eher schleppenden Wirtschaftsgangs hinterlassen und das Wachstum in Japan insgesamt etwas an Schwung verloren hat, setzt sich die im Vergleich zu früheren Zyklen allerdings verhaltene wirtschaftliche Belebung in den europäischen Industriestaaten einstweilen noch fort. Das internationale Wachstumsgefälle hat sich dementsprechend verflacht. Um so deutlicher treten einige weltwirtschaftliche Risikofaktoren zutage. Das gilt in erster Linie für die protektionistischen Tendenzen, die bei schwächer expandierender Weltkonjunktur zusätzlichen Auftrieb erhalten. Sodann ist nicht auszuschliessen, dass sich die Stabilisierungsprobleme in wichtigen Ländern (z.B. USA) verschärfen könnten, was unweigerlich zu Spannungen an den Devisenmärkten führen würde. Schliesslich bleibt die internationale Verschuldungssituation, trotz zum Teil vordergründigen Verbesserungen, weiterhin labil.

Die *schweizerischen Exporte* als wichtigste Wachstumsstütze zeigen nach wie vor eine lebhafte Entwicklung, wenn auch die Dynamik des ersten halben Jahres in letzter Zeit etwas schwächer geworden ist. In der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie verharrt der Auftragseingang trotz einer in den letzten Monaten registrierten leichten Abschwächung immer noch auf einem hohen Niveau. Die gute Stellung dieser Branchen auf den Auslandsmärkten wird durch die bewusst weitergeführten Sortimentsanpassungen und neue Produkt- und Systementwicklungen gestützt. Weiterhin positive Produktions- und Umsatzerwartungen hegt man in der stark exportorientierten Chemie. In der Uhrenindustrie hat der Wachstumsrhythmus im dritten Quartal ziemlich nachgelassen, was in erster Linie mit den schwächeren Lieferungen nach den Vereinigten Staaten zusammenhangt. Zurückhaltender werden die Absatzchancen der Textil-, Bekleidungs-, Nahrungsmittel- und Papierindustrie eingeschätzt. Nach einer zufriedenstellenden Sommersaison sieht die Hotellerie den kommenden Monaten mit guten Erwartungen entgegen.

Schweiz mit traditionell tiefer Teuerung

Im langfristigen internationalen Vergleich erweist sich die Schweiz als ein Land mit traditionell tiefen Teuerungsraten. In der Zeitspanne 1961–1970, während der Hochkonjunktur also, lag unser Land mit einer durchschnittlichen jährlichen Teuerung von 3,3% im vorderen Mittelfeld der OECD-Staaten. An der Spitze stand damals überraschenderweise Griechenland mit einer Rate von 2,1%. Zwischen 1971 und 1981 – bis 1973 stürmisches Wachstum, 1975/76 Rezession – begannen in vielen Staaten zweistellige Inflationsraten vorzuerrschen. Die Schweiz wies in diesem Zeitabschnitt mit durchschnittlich 5,1% pro Jahr den tiefsten Wert innerhalb der OECD auf, knapp vor der Bundesrepublik Deutschland mit 5,2%.

In den Jahren 1982–1984 hat sich nun Japan an der Spitze etabliert, mit Jahresdurchschnitten von um die 2%. Die Schweiz hatte mit 5,6% im Jahre 1982, 3%

Die Ausrüstungsinvestitionen sind neben dem Export weiterhin eine tragende Säule des laufenden Aufschwungs. Darin äussert sich die kontinuierliche Anpassung und Modernisierung des Produktionsapparates. Zu der erfreulichen Entfaltung der Investitionskonjunktur haben auch die verbesserten Ertragsverhältnisse in wichtigen Teilen der Wirtschaft beigetragen. Allerdings verläuft die Entwicklung der Unternehmungserträge nach wie vor recht unterschiedlich, so dass die Stärkung der Finanzierungskraft ein prioritäres Anliegen bleibt. Der private Konsum dürfte mit der konjunkturbedingten verbesserten Konsumentenstimmung an Kraft gewinnen, was sich bereits in der Entwicklung der Detailhandelsumsätze der letzten Monate niedergeschlagen hat. Von der Bauwirtschaft wird die Binnenkonjunktur insgesamt schwächere Impulse erfahren. Während sich der industriell-gewerbliche Bau noch günstig entwickelt, dürfen sich die produktionsmässig wichtigeren Sparten Wohnungsbau und öffentlicher Bau leicht abschwächen.

Wie der Vorort zusammenfassend festhält, scheint der in der Schweiz seit gut drei Jahren andauernde Konjunktzyklus seinen Zenit erreicht zu haben. Die gesamtwirtschaftliche Aktivität wird deshalb auf einen etwas ruhigeren Wachstumsrhythmus einschwenken. Im Blick auf die erhöhten weltwirtschaftlichen Risikofaktoren kommt der Kosten- und Preisstabilität, zu welcher eine realitätsbezogene Lohnpolitik wesentlich beitragen kann, unvermindert hohe Priorität zu.

Beschleunigter Wandel der Branchenstruktur

Verzeichneten während der Hochkonjunktur alle Wirtschaftszweige im Durchschnitt ein mehr oder minder ausgeprägtes Wachstum, so haben in der Periode 1973–1984 zahlreiche Branchen – hauptsächlich im Industriesektor – negative Produktionsentwicklungen hinnehmen müssen. Dementsprechend hat sich die branchenmässige Produktionsstruktur innert relativ kurzer Zeit spürbar verändert.

Eine Zunahme der realen Wertschöpfung erzielten im sekundären Sektor (Industrie, Baugewerbe, Energie) zwischen 1973 und 1984 lediglich die Chemische Industrie (+2,1% im Jahresmittel), die Kunststoff-, Kautschuk- und Lederindustrie (+3,0%), die Branche «Elektrizität, Gas, Wasser, Umweltschutz» (+1,6%) und das Graphische Gewerbe (+0,2%). Die Nahrungs- und Genussmittelindustrie kam mit einem Nullwachstum davon, während alle übrigen Industriezweige negative Entwicklungen verbuchten. Das Spektrum reicht von der Papier- und der Textilindustrie (−0,1 bzw. −0,4% pro Jahr) über die Metallindustrie (−1,2%), das Baugewerbe (−1,4%), den Maschinen- und Apparatebau (−1,7%) bis zur Uhrenindustrie (−8,2%). Da die Maschinen- und Metallindustrie sowie das Baugewerbe die bedeutendsten Branchen des 2. Sektors sind – die Chemie folgt an vierter Stelle –, beeinflusst sie auch die Gesamtentwicklung erheblich (−1,1% im 2. Sektor). Zu beachten ist allerdings, dass die Industrie 1985 ein überdurchschnittliches Wachstum von etwa 5% erreichen dürfte (die

Maschinenindustrie sogar über 7%, die Uhrenindustrie fast 18%!); auch im kommenden Jahr sind die Aussichten günstig.

Das Wachstum des Dienstleistungssektors hat sich zwar seit 1974 deutlich verringert, doch weist nur der Handel einen Wertschöpfungsrückgang auf (−0,8% pro Jahr). Spitzenreiter punkto Wachstum waren die Banken (+5,3%) und das Gesundheitswesen (+3,3%). Unter der durchschnittlichen Zuwachsrate von jährlich 2% lagen die Versicherungen (+1,9%), Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+1,4%) sowie das Gastgewerbe (+0,3%), etwas darüber die übrigen Dienstleistungen (+2,3%).

Handikapierte Klein- und Mittelbetriebe

Ergebnisse eines Forschungsauftrags des Vororts

Im Frühjahr 1982 hatte der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins beim Schweizerischen Institut für gewerbliche Wirtschaft an der Hochschule St. Gallen ein Forschungsprojekt in Auftrag gegeben, um über die Belastung der Klein- und Mittelbetriebe durch staatliche Regelungen wissenschaftlich fundierte Aufschlüsse zu erhalten. Zu dieser Auftragserteilung war er durch eine vorangegangene eigene Enquête über die hauptsächlichen Probleme der kleinen und mittleren Industriebetriebe angeregt worden, nachdem seine Firmenbefragung Anhaltspunkte dafür ergeben hatte, dass sich die Unternehmungen dieser Grössenklassen durch interventionistische Reglementierungen und administrative Auflagen in besonderem Masse handikapiert fühlen.

Dem St. Galler Hochschulinstitut oblag es in der Folge, im Rahmen einer empirischen Untersuchung die Belastung zu ergründen, die den Unternehmungen der verschiedenen Grössenkategorien aus staatlichen Regelungen erwächst. Insbesondere galt es dabei abzuklären, wie haltbar die Vermutung sei, dass kleine und mittlere Firmen davon besonders stark betroffen würden. Mittels eines detaillierten und zielgerichteten Fragebogens wurden im Frühjahr 1984 insgesamt 900 Betriebe der Industrie und des verarbeitenden Gewerbes befragt, wobei nach Betrieben mit 1–19, 20–49 und 50–199 Beschäftigten unterschieden wurde.

Der Vorort konnte auf die Problemformulierung und deren Präzisierung während der Einarbeitungsphase Einfluss nehmen. In der Folge stand ihm aber nur noch ein Informationsrecht zu, so dass die Autonomie der Forschung voll gewährleistet war.

Die Untersuchung konnte im Jahr 1985 abgeschlossen werden. Ihre Ergebnisse wurden zum Gegenstand einer Dissertation gemacht, die jetzt vorliegt. Auf einen einfachen Nenner gebracht, kann als Fazit der fundierten Analyse folgendes festgehalten werden:

Die Arbeitshypothese, wonach die Klein- und Mittelbetriebe in besonderem Mass unter der staatlichen Gesetzes- und Verordnungshypertrophie leiden und durch die staatlich überwälzten Bürokratietarifarbeiten besonders stark belastet werden, ist durch die Untersuchung des

St. Galler Hochschulinstituts empirisch eindeutig belegt worden. Darüber hinaus wird nachgewiesen, dass die Zahl der staatlichen Regelungsmaterien stark zugenommen hat. Die Arbeit umschreibt diesen Tatbestand als Normenflut, von der, wie ausdrücklich bemerkt wird, speziell auch die Wirtschaft betroffen ist. Als Korrektiv zu der damit verbundenen Handikapierung der Klein- und Mittelbetriebe empfiehlt die Studie nicht etwa besondere Förderungsprogramme zu deren Gunsten. Sie zielt vielmehr richtigerweise primär und generell auf die Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen.

Der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins wird die Erkenntnisse, die der von ihm erteilte Forschungsauftrag zutage gefördert hat, demnächst in einer Spezialpublikation authentisch darstellen, zugleich daraus aber auch eigene Folgerungen und Forderungen ableiten, die in der praktischen Politik ihren Widerhall und ihren Niederschlag finden sollten.

Wirtschaftspolitik

Eine Revolution, die keine ist

Es ist nicht das erste Mal, und auch in der Wirtschaftsgeschichte unseres Landes war es immer so, dass die Einführung neuer Techniken zu einer grundlegenden Veränderung der Arbeitsverhältnisse, der Wirtschaftsstrukturen und des Wettbewerbs führten. Beim Versuch, die Bedeutung und den volkswirtschaftlichen Sinn solcher Wandlungen zu verstehen, darf man von der Erfahrung ausgehen, dass ihnen mit dem blosen Gespenst von der technologisch bedingten Arbeitslosigkeit nicht gerecht zu werden ist. Technischer Fortschritt erfordert ein neues arbeitsmarktpolitisches Verständnis, er verlangt in imperativer Form ein Umdenken und, gegebenenfalls ein Überbordwerfen alter, zur Routine gewordener Vorstellungen. Beliebte ökonomische Argumente, die uns zur Fixierung von Arbeitsinhalt und Arbeitszeit geläufig geworden sind, können sich unvermittelt als altersschwach erweisen und stehen dem Verständnis des aktuellen Geschehens sogar im Wege.

Die neue «technische Revolution», die durch Elektronik und Computer auch bei uns Einzug gehalten hat, lässt Argumentationen nach zwei Richtungen zu: In einer positiven, innovationsfreudigen, und in einer negativen, ablehnenden. Menschlich erscheint eine skeptische Haltung dem technischen Fortschritt gegenüber als verständlich. Alles Neue und Revolutionäre erzeugt zunächst Angst, Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen und von Marktanteilen, vor verstärktem Wettbewerb. Geläufiges Strukturerhaltungs- und Besitzstandsenken erweist sich plötzlich als bedroht. Man sieht schattenhaft die ohne Arbeitskräfte auskommende, vollständig computergesteuerte Fabrik, das vom Computer

beherrschte Büro. Es entsteht die Fiktion des «maschinellen Organismus», der lebt und zusammengehalten wird vom Computer der fünften Generation.

Eine derartige Zukunftsvision ist indessen einseitig, lediglich substituierend gedacht und übersieht die Dynamik des wirtschaftlichen Wachstums. Entwicklung ist der Wirtschaft immanent; ohne Entwicklung schwindet der Wohlstand, und es werden die tragfähigen Grundlagen auch für ein gedeihliches soziales Wohlergehen zerstört. Von der Tarifpartnern wird unvermittelt ein Überwinden bequemer Denkgewohnheiten verlangt, ein Prozess, der auf viele Widerstände stossen muss und nur unter dem Zwang wirtschaftlicher Notwendigkeiten reifen kann.

Schattenwirtschaft

Auch wenn der Computer bei den Arbeitnehmerorganisationen kein geliebtes Kind ist, gilt es doch, die Wirtschaftsgeschichte zu erkennen und zu verstehen. In der traditionellen, nicht sehr innovationsfreudigen und vorwiegend substitutionierend ausgerichteten Betrachtungsweise wird der Siegeszug der Elektronik zum verfehlten «Job-Killer». Das Bild ist aber falsch. Nicht der Computer hat den Hauptteil der heutigen Arbeitslosigkeit, die im übrigen in der Schweiz kaum merklich vorhanden ist, verursacht. Ihre Gründe liegen tiefer. Wer den Preis eines Gutes überhöht und aus dem Marktgeschehen herausreisst, wer ihn statt durch marktwirtschaftliche Vernunft durch politische Unvernunft ersetzt, erzeugt Überschüsse, seien es Überschüsse an Agrarprodukten, an Leistungen des öffentlichen Verkehrs, an Wohnungsnachfrage und eben auch Überschüsse auf dem Arbeitsmarkt. Verpolitisierte, unbewegliche und überhöhte Löhne, mehr und mehr Freizeit beziehungsweise kürzere Arbeitszeiten, wachsende Soziallasten, die mit den Löhnen und Anstellungsbedingungen verbunden sind, dieses und anderes führt zwangsläufig zu einer tendenziell abnehmenden Nachfrage nach Arbeitskräften. Es ist eine einfache wirtschaftliche Regel, dass dem, was zu teuer oder zu unattraktiv ist, entsprechend weniger nachgefragt wird.

Arbeitslosigkeit nimmt also strukturellen Charakter an, nicht weil es weniger Arbeit gibt, im Gegenteil. Arbeit ist genug vorhanden, nur eben nicht zu den Bedingungen, die unser verpolitisches Besitzstandsenken fordert. Der erstarrte Arbeitsmarkt lässt die Schattenwirtschaft entstehen, deren besondere Eigenschaften darin liegen, dass sich die Arbeitnehmer freiwillig zu Bedingungen anstellen lassen, die sonst als Manchesterum verschrien werden. Hier gibt es keinen Kündigungsschutz, keinen Arbeitsschutz, keinen Versicherungsschutz, keine festgefahrenen Löhne und keinen Anstellungsvertrag. Und trotzdem fühlt sich niemand ausgebeutet. Die Gewerkschaften schaffen mit ihrer Lohn- und Arbeitszeitpolitik den zeitlichen Freiraum, den die Leute für ihren privatwirtschaftlichen Arbeitseinsatz in der Schattenwirtschaft brauchen.

So gesehen ist Schattenwirtschaft die Folge eines verkrusteten und erstarrten Arbeitsmarktes. Sie hat durchaus ihre volkswirtschaftliche Berechtigung, denn sie ist der erhobene Mahnfinger, der uns beweist, dass bisher etwas falsch gelaufen ist. Die Wirtschaft setzt sich auf ihre Weise gegen die Verfälschung ökonomischer Gesetzmässigkeiten zur Wehr, weicht aus und erzeugt auf dem Arbeitsmarkt genau in der gleichen Weise ihren Freiraum, wie beispielsweise die staatliche Reglementierung der Kapital- und Devisenmärkte zum Entstehen des